

Klimagerechtigkeit durch Abrüstung

Die Klimakrise und die Gefahr eines Atomkrieges stellen die unmittelbarsten Bedrohungen für die menschliche Gesundheit im 21. Jahrhundert dar. Fossile Produktions- und Konsummuster sind eng verzahnt mit militärischer Verteidigung einschließlich Atomwaffen und einem anhaltenden globalen Wettrüsten, sie alle tragen zur Klimakatastrophe bei.

Die Verringerung der militärischen Treibhausgasemissionen und der Umweltauswirkungen von Waffenproduktion, Militärübungen und Krieg sollte daher als verbindliche Verpflichtung in internationale Klimaabkommen und nationale Klimaziele aufgenommen werden. Die deutsche Bundesregierung sollte die Militärausgaben reduzieren und umverteilen, um Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren und Frieden und planetare Gesundheit zu fördern. Wir brauchen Diplomatie, Kooperation, Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern.

Die Mitgliederversammlung der IPPNW fordert die Bundesregierung auf, geeignete Maßnahmen zur Reduzierung der Militärausgaben und zur Beseitigung der militärischen CO₂-Emissionen durch Abrüstung zu ergreifen. Deutschland soll sich auf dem nächsten Klimagipfel dafür einsetzen, dass militärische Emissionen als verpflichtender Bestandteil in die Berichterstattung im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention aufgenommen werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, für die Bundeswehr präzise und verbindliche Klimaziele aufzustellen, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren und langfristig durch Abrüstung ganz zu eliminieren. Militärausgaben sollten für Klimaschutzmaßnahmen umgewidmet werden, um die 1,5-Grad-Grenze einzuhalten. In einem ersten Schritt müssen alle Streitkräfte ihre Emissionen nach einheitlichen, eindeutigen, transparenten und soliden Methoden der Datenerfassung melden.

Begründung

Militär und Militarisierung tragen zur Klimakrise und Umweltzerstörung bei. Planetare Gesundheit ist aber unmöglich, so lange Klimakrise, Umweltzerstörung und die Systeme, die sie hervorbringen, fortbestehen.

Rüstungs- und Waffenproduktionsindustrie und Militär, von der Instandhaltung von Gebäuden bis hin zu Manövern, stoßen Treibhausgase aus und verschmutzen Luft, Boden und Grundwasser mit Chemikalien und Toxinen. Wissenschaftler*innen schätzen, dass der gesamte militärische CO₂-Fußabdruck etwa 5,5 % der globalen Emissionen ausmacht.¹

Es ist jedoch nach wie vor schwierig, die genauen Emissionen des militärisch-industriellen Sektors zu berechnen, da die Berichterstattung im Rahmen des Pariser Klimaabkommens auf freiwilliger Basis erfolgt. Die Regierungen erklären nicht, wie sie bis 2050 Klimaneutralität erreichen wollen und gleichzeitig in neue, mit fossilen Brennstoffen betriebene Waffensysteme wie Kampffjets, Kriegsschiffe und gepanzerte Fahrzeuge investieren. Die Modernisierung von Atomwaffen und das anhaltende atomare Wettrüsten bringen unseren Planeten in die Gefahr eines atomaren Ökozids.

Militarisierung führt letztlich zu Krieg, der eine weitere (nukleare) Militarisierung nach sich zieht. Der Einsatz und die Zerstörung von Waffen, Fahrzeugen und Kampfflugzeugen, die Zerstörung von Energieinfrastrukturen, Waldbränden in Folge von Beschuss und die Wiederaufbaumaßnahmen nach Kriegsende haben Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt. Der Ausbruch eines Atomkrieges hätte unmittelbare und verheerende Auswirkungen: Wissenschaftler haben herausgefunden, dass selbst ein "begrenzter" Atomkrieg, der im Falle einer Eskalation des Krieges in der Ukraine durchaus

1 Stuart Parkinson, Scientists for Global Responsibility (SGR) with Linsey Cottrell, Conflict and Environment Observatory (CEOBS) 2022: Estimating the Military's Global Greenhouse Gas Emissions.

denkbar wäre, zu einem erheblichen Rückgang der globalen Temperatur und zu einer Hungersnot führen würde.

Dennoch stiegen die weltweiten Militärausgaben im Jahr 2021 auf 2,1 Billionen US-Dollar (USD). Am meisten investieren die Vereinigten Staaten, China, Indien, das Vereinigte Königreich und Russland. Alle diese Länder sind Atomwaffenstaaten. Vier dieser Länder sind auch die größten Verursacher von Treibhausgasemissionen. Rohstoffe und wertvolle Ressourcen, die für eine gerechte Energiewende zu erneuerbaren Energien, für klimaneutrale Mobilität und Gesundheitsversorgung benötigt werden, fließen ins Militär. Eine Reduktion und Umverteilung der Militärausgaben zur Finanzierung von Klimaschutz, Klimaanpassung sowie Kompensation von Schäden und Verlusten könnte Klimagerechtigkeit herstellen. Die Militärausgaben eines Jahres der Top Ten Länder könnten die versprochene internationale Klimafinanzierung für 15 Jahre bezahlen (bei 100 Milliarden Dollar pro Jahr). Das würde auch Verantwortung für die kolonialen Kontinuitäten übernehmen, die sowohl den Kampf für Klimagerechtigkeit als auch für eine atomwaffenfreie Welt verbinden.

Wir Ärztinnen und Ärzte sehen die große Gefahr, dass die anhaltende nukleare und konventionelle Militarisierung und die Militärausgaben unsere Bemühungen um planetare Gesundheit und um die Durchsetzung des Menschenrechts auf Gesundheit angesichts der Klimakatastrophe behindern werden. Anstatt in eine Konfrontation ähnlich wie im Kalten Krieg zurückzufallen, brauchen wir Diplomatie, Kooperation, Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern.

Der Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel. Länder mit kleinen Streitkräften sollten ermutigt und in die Lage versetzt werden, friedliche Klimaanpassung zu finanzieren, anstatt sie zu militarisieren. Planetare Gesundheit und Klimagerechtigkeit sollten Leitprinzipien in der neuen nationalen Sicherheitsstrategie und in internationalen Verträgen sein, um Gesundheit und ein gutes Leben für alle innerhalb der planetarischen Grenzen zu erreichen und zu sichern.

Verabschiedet auf der IPPNW-Mitgliederversammlung am 10. Juni 2023